



- 13.03.2019 -

2

## **Klimaschutz – Solidarität – soziale Gerechtigkeit**

3 Die von den Menschen verursachte Klimaerwärmung bedroht die natürlichen  
4 Lebensgrundlagen weltweit. Damit gefährdet sie weltweit auch die menschliche Zivilisation,  
5 die grundlegenden Menschenrechte und die Möglichkeit der wirtschaftlichen und sozialen  
6 Entwicklung. Der Klimawandel ist in vielen Ländern heute schon der Grund, warum  
7 Menschen ihre gewohnte Umgebung verlassen. Die globalen Umweltveränderungen führen  
8 bereits zu einer deutlichen Verschärfung politischer, ökonomischer und sozialer Konflikte.  
9 Vor diesem Hintergrund hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September  
10 2015 die „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit  
11 den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDG) verabschiedet. Diese Ziele können heute als  
12 sozialdemokratisches Programm für die Welt verstanden werden. An diesen Zielen hat sich  
13 heute ein sozialdemokratisches Programm, auf welcher Ebene auch immer, auszurichten.

14 Der im Oktober 2018 veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarates IPCC zum 1,5 Grad-  
15 Ziel hat unterstrichen, wie wichtig es ist, durch ein sofortiges und konsequentes Umsteuern  
16 die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Wir brauchen einen fundamentalen  
17 Wandel unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaftssysteme, hin zu nachhaltigen  
18 Alternativen. Nur so können wir die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Das ist  
19 die unausweichliche Voraussetzung, um die Ökosysteme und damit die Lebensgrundlage von  
20 jetzt 7,6 Milliarden und bald über 9 Milliarden Menschen weltweit zu erhalten.

21 Die anstehende sozial-ökologische Transformation berücksichtigt beides: den Erhalt der  
22 Funktionen unseres Ökosystems sowie die Entwicklungschancen für alle Menschen auf der  
23 Welt.

24 Auch im Bereich der Klima- und Energiepolitik ist das Nationale eng mit dem Internationalen  
25 verbunden. Nationale Anforderungen müssen mit den internationalen Verpflichtungen, die  
26 beispielsweise mit Blick auf das Pariser Klimaabkommen angenommen wurden, in Einklang  
27 gebracht werden. Da der Erhalt des Klimas im Interesse aller ist, ist eine aktive Klimapolitik  
28 praktizierte internationale Solidarität. Der konsequente und schnelle Ausstieg aus der  
29 klimaschädlichen Kohleverbrennung schützt unsere Umwelt und sorgt dafür, dass Länder,  
30 die den Klimawandel am wenigsten zu verantworten haben, weniger stark unter ihm leiden  
31 müssen.

32 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat Ende Januar 2019 mit  
33 ihren Empfehlungen wichtige Schritte für den Einstieg in den Ausstieg aus der  
34 Kohleverstromung in Deutschland vorgeschlagen. Dieser muss nun – inklusive der  
35 vorgeschlagenen Strukturhilfen und der sozialen Unterstützung für die Arbeitnehmerinnen  
36 und Arbeitnehmer in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen – umgesetzt werden.  
37 Die in der Kommission erarbeiteten Ideen wurden mit der klaren Intention präsentiert, den  
38 Kohleausstieg in Deutschland im Sinne einer „Just Transition“, sprich sozialverträglich, zu  
39 gestalten.

40 Gelingt nun in einem Industrieland wie Deutschland gleichzeitig der Ausstieg aus der  
41 Nuklear- und der Kohleenergie, dann ist das ein wichtiges Signal für die ganze Welt: Die

42 Energiewende ist möglich und kann vor allem im gesellschaftlichen Konsens zum Vorteil aller  
43 organisiert werden.

44 Dafür müssen wir sehr schnell deutliche Schritte nach vorne machen – zum Beispiel mit  
45 einem ambitionierten deutschen Klimaschutzgesetz, das sich an den SDGs und den Zielen  
46 des Pariser Klimaabkommens orientiert, verbindliche Emissionseinsparungsziele für alle  
47 Sektoren vorschreibt und zu konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele anleitet.  
48 Damit verbunden ist nicht nur eine konsequente Energie-, sondern auch eine Agrar- und  
49 Verkehrswende sowie eine klimafreundliche Neugestaltung des Bauwesens. Durch eine  
50 Bündelung aller für einen ambitionierten Klimaschutz notwendigen Ressorts und die  
51 gesetzliche Festschreibung der Ziele kann bei entsprechend progressiver Zielsetzung und der  
52 gesetzlichen Implementierung von Maßnahmen ein wichtiger Beitrag zum (globalen)  
53 Klimaschutz wie auch für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes  
54 geleistet werden.

55 Bei der Bewältigung der notwendigen Transformationsherausforderungen behalten wir im  
56 Blick, dass das Soziale im Zentrum steht. „Just Transition“ (gerechte Übergänge) und  
57 moderne Klimapolitik bedeuten: Chancen auf neue Arbeitsplätze mit guten  
58 Arbeitsbedingungen, ökologische Modernisierung ganzer Regionen und solidarische globale  
59 Klimapolitik, die die ärmsten und schwächsten Staaten unterstützt.

#### 60 **Konkrete Handlungsmöglichkeiten:**

- 61     ▪ Ambitionssteigerung nationaler (deutscher) und europäischer Klimaziele und ihre  
62     Einhaltung und Umsetzung (nächste konkrete Möglichkeit: UN Secretary General  
63     Climate Summit in New York, September 2019)
- 64     ▪ Sozialverträglicher Ausstieg aus fossilen Energieträgern und Unterstützung einer  
65     globalen Energietransformation u.a. beim Ausbau von Solar- und Windenergie (im  
66     Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen) durch die Bereitstellung von Knowhow,  
67     Kapazitätenaufbau und Technologietransfer wie auch die ambitionierte Anpassung  
68     und Umsetzung eigener Erneuerbarer Energie-Ausbauziele
- 69     ▪ Einleitung notwendiger Minderungsmaßnahmen und gesetzliche Implementierung  
70     im Verkehrs-, Landwirtschafts- und Bausektor
- 71     ▪ Diskussionen über CO<sub>2</sub>-Steuer in Deutschland intensivieren. Ihre Umsetzung muss  
72     sozialverträglich gestaltet werden, um eine 100% erneuerbare Zukunft und die  
73     nachhaltige Transformation unserer Industrie zu unterstützen
- 74     ▪ Unterstützung von Partnern im Globalen Süden durch die Bereitstellung von  
75     Klimafinanzierung (in Bezug auf die Auffüllung des Green Climate Fund GCF und die  
76     Bereitstellung von Finanzmitteln für den Anpassungsfonds)
- 77     ▪ Unterstützung besonders kleiner und verletzlicher Staaten wie den Inselstaaten, die  
78     innerhalb der UN-Klimaverhandlungen für eine Berücksichtigung klimabedingter  
79     Schäden und Verluste (loss & damage) kämpfen
- 80     ▪ Unterstützung bei der Bewahrung der Regenwälder als Kohlenstoffsенke (z.B. durch  
81     die Stärkung von Indigenenrechte)

- 82       ▪ Unterstützung der Umsetzung Nationaler Klimabeiträge (NDCs) im Rahmen der NDC  
83       Partnership (beinhaltet Finanzierungszusagen, aber auch beratende Unterstützung  
84       im Governance Bereich, beim Technologietransfer und Wissensmanagement etc.)
- 85       ▪ Weiterer Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung durch Deutschland,  
86       da Deutschland eine Verantwortung für den internationalen Klimaschutz trägt. Diese  
87       Finanzmittel sollen zusätzlich zu der vereinbarten Steigerung der ODA-Quote auf 0,7  
88       Prozent zur Verfügung gestellt werden.
- 89       ▪ Unterstützung der Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteure, verbindliche  
90       mensenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten für Energie-  
91       Infrastrukturinvestitionen und Energie-Importe (speziell Steinkohle) in Umsetzung  
92       des Pariser Klimaabkommens und der UN-Klimaverhandlungen zu verankern
- 93       ▪ Mit Blick auf die COP 25 in Chile: Verhinderung der Entstehung von Schlupflöchern  
94       beim Klimaschutz im Bereich Marktmechanismen/Emissionshandel und die weiteren  
95       UN-Klimaverhandlungen: Ambitionssteigerung der NDCs mit Fokus auf das 1,5 Grad-  
96       Ziel; bei Global Stocktake (Prozess zur Überprüfung der Anstrengungen im  
97       Klimaschutz): zivilgesellschaftliche Beteiligung an diesem Prozess muss sichergestellt  
98       werden

99       Diese Instrumente und Handlungsgrundsätze können wirkungsvoll genutzt werden, um den  
100       Klimawandel zu bremsen. Der IPCC Bericht zum 1,5 Grad-Ziel hat deutlich gezeigt, dass die  
101       Hürden zu dessen Erreichung nicht im ökonomischen und technischen Bereich liegen. Die  
102       Überwindung dieser Hürden liegt in den Händen der Politik. Wir haben heute die  
103       Möglichkeit, Emissionen zu reduzieren, ohne unseren Wohlstand zu gefährden. Denn durch  
104       die Entwicklung von Klimaschutztechnologien kann die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und  
105       können neue Arbeitsplätze in Zukunftsmärkten erschlossen werden. Ein sozial-ökologischer  
106       Wandel bedeutet demnach nicht zwingend Verzicht, sondern die Aussicht auf ein besseres  
107       Leben für alle Menschen auf dieser Welt.